



Regions-Präsidentin Carole Delga wird den regionalen Mandatsträgern am kommenden Donnerstag den Green New Deal für Südwest-Frankreich vorstellen. Diese Serie von zehn Aktionsplänen zielt darauf ab, ein neues Entwicklungsmodell für die Region zu schaffen, das sich mehr mit dem territorialen Gleichgewicht und der Umwelt befasst.

Okzitanien ist die erste Region in Europa, die einen Green New Deal verabschiedet hat. Das Ziel dieses „grünen Paktes“: ein „neues Entwicklungsmodell“ zu schaffen, fasst Carole Delga, die Präsidentin der Region, zusammen, die diesen ehrgeizigen Plan am kommenden Donnerstag den gewählten Vertretern zur Genehmigung vorlegen wird. „Wir wollen angesichts der drei Krisen handeln, die uns heimsuchen: der klimatischen, der sozialen und der demokratischen Krise. Aber wir wollen es schaffen, indem wir Ökologie und Ökonomie in Einklang bringen“, kündigt Carole Delga an, die die „Hyper-Metropolisierung stoppen“ und den mittelgroßen Städten und Gebieten zu einer harmonischen Entwicklung verhelfen will. Um die zehn Aktionspläne zu definieren, hat die Region den Einwohnern eine Stimme gegeben. Zunächst einmal durch einen Bürgerkongress für Okzitanien, der seit Beginn des Schuljahres dreimal getagt hat. Etwa hundert Bürger, die ausgelost wurden, legten vorrangige Maßnahmen in allen Bereichen fest, von der Beschäftigung bis zur Kultur, einschließlich Reisen, Bildung und Gesundheit. Dann, durch eine Abstimmung, die über drei Wochen im Internet organisiert wurde. „Wir legten Fragen vor, die vom Bürgerkongress ausgearbeitet worden waren. Diese Abstimmung brachte 20.000 Teilnehmer zusammen, was eine gute Beteiligung ist“, freut sich Carole Delga. Das Urteil: Die Einwohner Okzitaniens betrachten die Fragen im Zusammenhang mit der Gesundheit (das Angebot an Betreuung auf dem Territorium), der Ernährung (die Entwicklung einer agroverantwortlichen Landwirtschaft), der Kreislaufwirtschaft und dem Kampf gegen die Verschwendung als vorrangig.

Konkret wird dieser Grüne New Deal zu zehn Aktionsplänen in allen Sektoren führen. Im Lebensmittelbereich werden die gewählten Vertreter Verpflichtungen eingehen: einen Importstopp für genetisch veränderte Sojabohnen über die Häfen der Region bis 2027 und die Einrichtung eines Landfonds, um Landwirte bei der Umstellung auf den ökologischen Landbau zu unterstützen.

Im Gesundheitsbereich will die Kommunalbehörde die Zahl der Plätze in den medizinischen und paramedizinischen Ausbildungskursen erhöhen und den Hauspflegern finanzielle Unterstützung beim Kauf sauberer Fahrzeuge gewähren.

Ein „Null-Plastik“-Plan

Ein weiteres starkes Engagement im Bereich der Ökologie: der „Null-Kunststoff“ bis 2030 „Das Ziel ist die Abkehr vom Einweg-Kunststoff, was Konsequenzen hat, z.B. mit den 11.000 Tonnen Abfall, die jedes Jahr ins Mittelmeer gekippt werden. Dies erfordert die Konsolidierung



eines Recyclingsektors und die Entwicklung von Alternativen zu Kunststoffen“, sagt Agnès Langevine, die für den ökologischen Übergang zuständige Vizepräsidentin, die die Lancierung von zwei Aufrufen zur Einreichung von Projekten rund um den Massenabsatz und die Lagerhaltung ankündigt.

Im Bildungsbereich kündigt Carole Delga die Schaffung eines ökologischen Bonus für Schenkungen an Gymnasien an. Es wird beim nächsten Schuljahresbeginn im September getestet. „Den Schulen wird ein zusätzlicher Betrag zugewiesen, wenn sie neue Aktionen für die Ökologie in all ihren Formen durchführen“, so die Präsidentin. Zu den weiteren Neuerungen gehören ein Öko-Reparaturgutschein für Haushalte mit niedrigem Einkommen (für Haushaltsgeräte), die Renovierung von Eigentumswohnungen an der Küste, die 50%ige Finanzierung neuer sicherer Fahrradrouten usw.

Im Eisenbahnbereich hat die Kommunalbehörde einen neuen Infrastrukturplan im Wert von 800 Millionen Euro erarbeitet. Ziel ist es, innerhalb von 10 Jahren 100 000 Passagiere pro Tag zu transportieren. „Wir arbeiten an der Ökologisierung unseres Rollmaterials“, erklärt Jean-Luc Gibelin, der für den Verkehr zuständige Vizepräsident. Wir werden die erste Region sein, die den Hybridzug im Jahr 2022 testen wird, und wir planen, einen batteriebetriebenen Zug ab 2023 mit Bombardier zu testen. Schließlich arbeiten wir mit Alstom am Wasserstoffzug bis 2024, wenn der Staat konsequent ist und grünes Licht gibt. »

Dieser ehrgeizige Plan wird am kommenden Donnerstag auf einer Plenarsitzung des Regionalrats debattiert.